



Edito

Wenn gute Gründe fehlen...

Der Kampf für die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit mit der EU vom 8. Februar 2009 ist mit dem neuen Jahr eröffnet worden. Während die Wirtschaftsverbände von der Economiesuisse über den Arbeitgeberverband bis zum Bauernverband sich wie gewohnt mit Argumenten für ein klares JA aussprechen, bekämpft der konservative Teil der SVP diese Vorlage vor allem mit Emotionen. Schlagworte und gierige Krähen zielen in erster Linie auf die Angst vor möglichen negativen Konsequenzen aus dieser Personenfreizügigkeit.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an Aussagen eines Hirnforschers über das Funktionieren unseres Gross- und Kleinhirns. Er führte aus, dass das Kleinhirn neben anderen Aufgaben auch den gefühlsbetonten Bereich abdeckt und dabei viel schneller reagiert als das Grosshirn, das dann vor allem die Vernunft bearbeitet. Das Zusammenspiel von Klein- und Grosshirn funktioniert in den meisten Fällen nach dem gleichen Schema. Bei der Wahrnehmung einer Situation oder eines Sachverhaltes urteilt das Kleinhirn sehr rasch zwischen gut/schlecht oder positiv/negativ. Das Grosshirn hinkt hinterher und beschränkt sich meist nur darauf, das Urteil des Kleinhirns zusätzlich zu begründen.

Aus dieser Sicht ist es also sicher richtig und effizient, wenn die Politik auch die Emotionen anspricht. Andererseits sollten sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Sache auch in politischen Fragen nicht zu einfach machen und sich nicht bereits mit dem erstbesten Urteil ihres Kleinhirns zufrieden geben. Wir alle sollten unserem Grosshirn eine reelle Chance geben, es mit guten und differenzierten Informationen füttern und ihm auch die notwendige Zeit geben, um dann so zu einer wohl überlegten Beurteilung zu gelangen. In diesem Sinne will die FDP-Sense auch in diesem Jahr und besonders mit dieser Ausgabe **Impulse** geben.

Zusätzlich ist es uns ein Anliegen, dass auch die jungen Stimmbürgerinnen und -bürger ihre politischen Möglichkeiten nutzen. Gerade die aktuelle Vorlage über die Personenfreizügigkeit bietet Chancen für die Jugendlichen unseres Landes. Um ihre eigenen Interessen wahr zu nehmen, müssen vor allem sie unsere politische Zukunft mitgestalten und am Urnengang vom 8. Februar mitbestimmen.

Jörg Schnyder, Präsident FDP Sense

Personenfreizügigkeit

Um was es geht:

Der heutige freie Personenverkehr zwischen der EU und der Schweiz ist bis 2009 befristet. Bei der Abstimmung vom 8. Februar ist zu entscheiden, ob die bestehende Freizügigkeit weitergeführt und ob sie gleichzeitig auf Rumänien und Bulgarien ausgedehnt werden soll. Bei diesen beiden Ländern sind bis 2016 Einschränkungen möglich.

Bereits bei der letzten Abstimmung im Jahr 2005 über eine Ausweitung der Personenfreizügigkeit wurde die gleiche Angst vor Arbeitsplatzverlust, Kriminalität und Lohndumping geschürt, wie sie heute wieder mangels sachlicher Argumente ins Feld geführt wird. Statistik und eigene Erfahrung zeigen, dass das Gegenteil der Fall ist. Unsere Firma produziert in der Schweiz Kochgeräte für Grossküchen. Ohne Ingenieure ist diese Arbeit nicht zu realisieren. Leider finden wir in der Schweiz zuwenig spezialisierte Ingenieure. Wir sind auf Ingenieurwissen aus dem Ausland (konkret aus Deutschland) angewiesen. Damit sichern wir unsere Arbeitsplätze in der Schweiz. Diese persönliche Erfahrung ist eher die Regel; es sind seit 2005 hauptsächlich gut ausge-

bildete Personen zugezogen. Ich kenne auch Polen gut. Wie wurde da bei der letzten Abstimmung gewarnt, dass polnische Handwerker die Schweiz überschwemmen würden. Tatsache ist, dass sie nicht gekommen sind. Man geht nicht so gern in Länder, deren Sprache man nicht kennt. Umgekehrt ist mancher Schweizer Bauer froh, hat er einen polnischen Saisonier gefunden (offenbar ist da die Kommunikation leichter, weil man es einfach vormacht). Auch das Lohndumping ist nicht eingetreten. Sogar die Gewerkschaften befürworten die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Die guten Erfahrungen und der wirtschaftlich wertvolle Beitrag wollen wir mit einem klaren JA fortführen.

Bleibt die Kriminalität. Diese Männer kommen leider auch so, denn ihnen genügt ein Touristenvisum oder ein gefälschter Pass. Es ist ein Irrtum zu glauben, wir könnten mit einem Nein diese Krähen abhalten. Das glaubt doch wohl der bauernschlaue Toni B. selbst nicht.

Die Frage der Verknüpfung

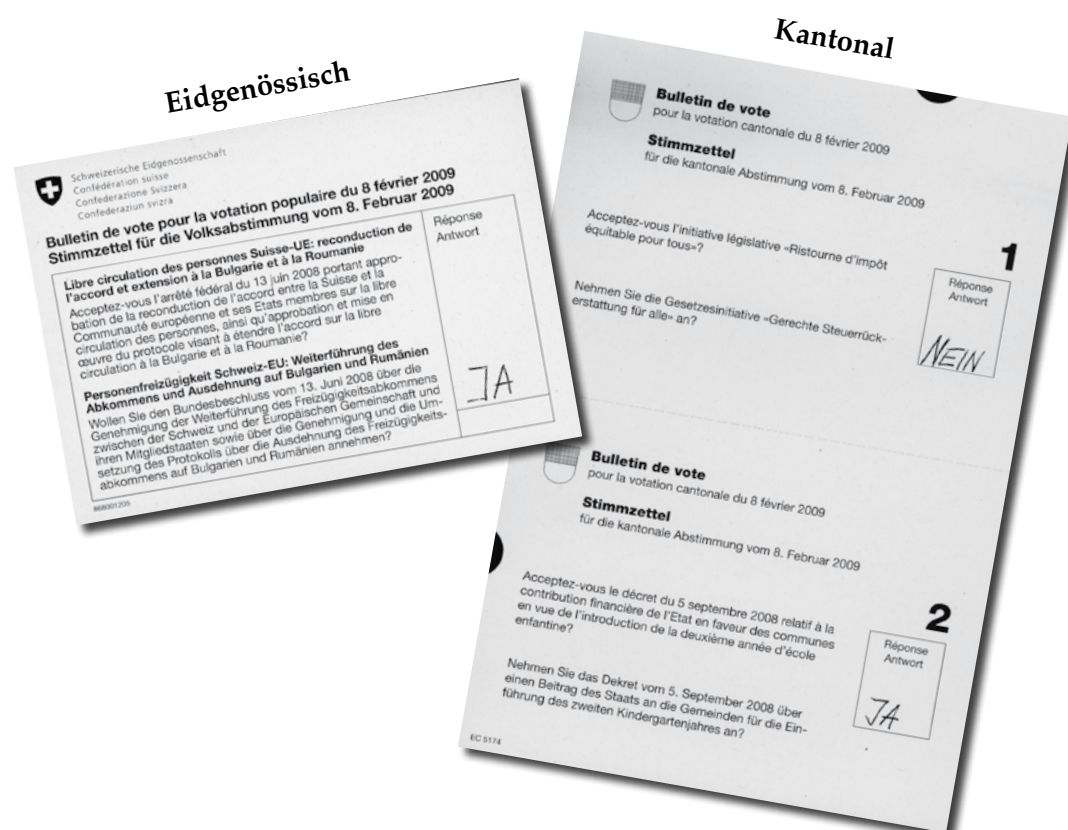
Es wird von den Gegnern – allen voran der SVP – kritisiert, dass die Wei-

terführung und die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien in eine Frage zusammengefasst wurde. Aber eine Trennung in zwei Vorlagen hätte eine Auslese vorgegaukelt, die es nicht gibt. Es geht ja um Verträge mit dem Partner EU. Und dieser Partner hat immer klar gesagt, dass er alle bilateralen Verträge als gekündigt betrachtet, wenn wir die Ausdehnung auf diese beiden Länder ablehnen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die EU grösser und mächtiger ist als wir. Die Zeit, als wir die Bedingungen diktieren konnten, ist längst vorbei. Es wäre töricht, dass bis jetzt auf dem bilateralen Weg Erreichtes aufs Spiel zu setzen und zu glauben, der Gotthardtunnel würde als Druckmittel genügen. Ein solcher Streit würde sicher nicht ohne wirtschaftlichen Schaden beigelegt werden. Gerade wir von der exportorientierten Maschinenindustrie würden wohl am ehesten die Konsequenzen zu spüren bekommen. Als ob wir uns nicht schon so um Arbeitsplätze sorgen müssten.

In der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation sollten wir keine unnötigen Risiken eingehen. Die Personenfreizügigkeit und der bilaterale Weg haben sich bewährt. Wir müssen nach vorne schauen und nicht wie die SVP mit Blick in den Rückspiegel fahren. Dieses Weiterführen des Dauerwahlkampfes durch die Angst schürende SVP führt uns in den Abgrund und nicht in bessere Zeiten. Legen wir zum eigenen Nutzen ein JA in die Urne.

Paul Fries, Unternehmer,
Wünnewil

Abstimmungsparolen



Inhaltsverzeichnis

- | | |
|----------------|---|
| Seite 1 | – Edito
– Personenfreizügigkeit
– Abstimmungsparolen |
| Seite 2 | – Treffpunkt Wirtschaft |
| Seite 3 | – Kantonale Abstimmungen
– Düringen und die Agglomeration |
| Seite 4 | – Wiedereinführung des Generalrates in Düringen?
– Das ist unanständig |

Treff-●Wirtschaft

In der Woche vor Weihnachten wurde Paul Fries, Wünnewil, (aktives FDP-Mitglied) zum Ehrenbürger der polnischen Stadt Czarnkow ernannt. Dies unter anderem, weil die von ihm geleitete THI-Gruppe dort mit 340 Arbeitsplätzen ein wichtiger Arbeitgeber ist. Die THI-Gruppe ist mit zwei Unternehmen im Grossküchenbereich tätig. ELRO stellt Kochgeräte und Herde her. Seaking installiert Küchen auf Kreuzfahrtschiffen. Impuls sprach mit dem Sensler-Unternehmer.

Wie wird jemand, der über Jahre als erfolgreicher Manager tätig war, plötzlich Unternehmer?

Schon als Manager versuchte ich, unternehmerisch zu handeln. Und dann begann es mich zu reizen, Sachen selbst in die Hand zu nehmen, und da war der Ehrgeiz, eine unternehmerische Leistung zu vollbringen. Als ich anfangs 1994 die Leitung der Gruppe übernahm, war sie eigentlich konkursreif. Das gab auch die Möglichkeit, mit beschränkten Mitteln eine kleine Beteiligung aufzubauen. Später ergab sich die Möglichkeit, mittels eines MBO (=Manager übernehmen mit Hilfe von Bankkrediten ein Unternehmen) zusammen mit drei Partnern, die als Geschäftsführer der Tochtergesellschaften tätig sind, sämtliche Aktien zu übernehmen.

Welches sind für Sie die Unterschiede zwischen einem Manager und einem Unternehmer?

Als Manager wurde meine gute oder schlechte Leistung mehr oder weniger auf dem Lohnausweis wiedergegeben. Bei grösserer Unzufriedenheit lag ein Stellenwechsel drin. Das eigene Risiko aber auch die Entlohnung für eine gute Leistung hielten sich in Grenzen. Als Unternehmer riskiere ich mein Vermögen. Beim MBO gingen wir das Risiko ein, Vermögen und Einkommen zu verlieren. Jede wichtige Entscheidung und Investition hat kurz oder lang Konsequenzen für das eigene Vermögen. Man entwickelt in einem KMU (die THI-Gruppe hat 600 Arbeitsplätze) auch ein anderes Verhältnis zu den Mitarbeitern. Ich kann ja als Unternehmer nicht einfach wie ein Manager davonlaufen, wenn etwas in die falsche Richtung läuft. Es ergibt sich ein stärkeres Gefühl, mit den Mitarbeitern in einem Boot zu sitzen.

Ihre Gruppe stellt mit der Firma ELRO Kochgeräte für Grossküchen her und mit der Firma Seaking werden auf Kreuzfahrtschiffen Küchen und alles was, mit essen und trinken zu tun hat, installiert. Welches ist eigentlich ihre Strategie?

Wir wollen bei beiden Firmen die besten auf der Welt sein. Das tönt etwas anmassend, aber wir wollen ja nicht die grössten sein. ELRO ist technologisch



Der Bürgermeister von Czarnkow überreicht Paul Fries die Medaille als Ehrenbürger.

führend. Unsere Kochgeräte bieten Vorteile, die wirklich niemand anders hat. So können sie mit Hochdruck gereinigt werden. Diese Geräte werden auch in der Schweiz hergestellt (Bremgarten/AG). Wir haben mit dem Produktionsstandort Schweiz nur eine Chance, wenn wir bezüglich Technik und Qualität an der Spitze sind. Seaking seinerseits ist unbestritten Marktführer bei den Küchen auf Kreuzfahrtschiffen (Neubauten). Bei beiden Firmen muss die Strategie den langfristigen Markttrends entsprechen.

Weshalb haben Sie in Polen mehr Arbeitsplätze als in der Schweiz?

Im Werk in Polen werden aus rostfreiem Stahl Tische, Gestelle, Kühlschränke und Unterbauten für Barthecken hergestellt. Diese Arbeiten haben einen grossen Anteil an manuellen Tätigkeiten (Schweissen, Polieren, etc.) und verursachen unangenehme Geruchs-, Lärm- und Schmutzmissionen. In der Schweiz ist die Rekrutierung von Personal für solche Tätigkeiten sehr schwierig. Deshalb haben wir uns entschieden, nicht ArbeiterInnen im Ausland zu rekrutieren und hierher zu holen, sondern die Arbeit dorthin zu bringen, wo genügend Leute vorhanden sind, die bereit und fähig sind, diese zu erledigen.

Im Augenblick sehen viele eine Krise auf uns zukommen. Sie auch?

Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir die Konjunkturzyklen mit Verzögerung erleben. Dies gilt insbesondere für Seaking. Schiffe, die im Bau sind, werden fertiggestellt. In diesem Jahr werden wir keinen Einbruch haben. Wenn aber die Krise, die doch in einigen Wirtschaftssektoren schon da ist, länger anhält und die Reeder keine Schiffe bestellen, wird es uns auch treffen. Bei der Elro werden wir

zufrieden sein, wenn wir nicht zu sehr unter den Vorjahresumsatz zurückfallen.

Sind Sie also von der globalen Entwicklung abgekoppelt?

Nein! Aber wir haben etwas mehr Zeit zu reagieren. Wenn die grosse globale Verunsicherung sich zu einer Krise in der Industrie entwickelt, werden auch wir die Kapazitäten anpassen müssen. Wir haben dies bereits nach dem Attentat in New York erlebt. Da mussten wir anfangs 2004 in unserem Werk in Polen Leute entlassen.

Trifft ein Unternehmer einen solchen Entscheid anders als ein Manager?

Bei einem Unternehmen unserer Grösse schon. Wir müssen selbst vor die Leute treten und den Entscheid begründen. Wir versuchen auch eher Leute mit Kurzarbeit zu behalten. Wir können ja nur zusammen mit erfahrenen und einsatzfreudigen Mitarbeitern Erfolg haben. Dieses Verhalten gilt wohl weitgehend für alle KMU-Manager. Anders ist es im Grossunternehmen, wo oft Topmanager den Aktienkurs mehr beachten (müssen!) und ihren Entscheid, Mitarbeiter zu entlassen, nicht selbst kommunizieren müssen! Wir sollten allerdings nicht vergessen, dass nicht nur einzelne Topmanager eine obszöne Geldgier entwickelt haben, sondern auch die Aktionäre an kurzfristigen Kursgewinnen und nicht am langfristigen Gedeihen interessiert sind.

Der Bund soll mit einem Massnahmenpaket die Wirtschaft stützen. Was halten Sie davon?

Nicht viel. Die Schweiz erwirtschaftet jährlich ein Brutto sozialprodukt von rund 500 Mrd. Franken, die Hälfte davon mit dem Export von Produkten und Dienstleistungen. Ein Finanzpaket von 1 Mrd. Franken entspricht damit mickrigen 0.2% des BSP. Damit bewegt man nichts. Bis die Massnahmen umgesetzt werden, ist das Schlimmste vorbei. Zudem hilft dies nur Unternehmen, die im Inland tätig sind; dabei spüren in erster Linie wir von der Exportwirtschaft die Krise. Am Schluss bleiben nur zusätzliche Schulden und der Druck für Steuererhöhungen. Dies kann nicht in unserem Interesse sein, denn mit höheren Steuern nimmt die Wettbewerbsfähigkeit ab.

Neues Fabrikgebäude in Czarnkow



Umweltgerechte Entsorgung
von

- Klärgruben
- Ölabscheiderschlämme
- Altöl
- Kehrlicht

**Reinigung, TV – Kontrolle
und Sanierung**
von Kanalisationen

Tel. 026 494 11 57
Fax 026 494 23 17

trans-auto g

Tafers/Fribourg



STERNHAUS DÜDINGEN AG

Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düdingen, Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch

Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

ZENTRUM GARAGE

WALTHER



RENAULT

3186 Düdingen www.zentrum-garage.ch



**Das grösste Garten-Center
der Region**

• Pflanzen aus unserer eigenen Baumschulproduktion mit Premium-Qualität®

• Spezialist für Schwimmbäder und Jacuzzi® (1000 m² Ausstellung)



**AEBI-KADERLI
GARTEN-CENTER**

3186 Düdingen FR • Tel. 026 488 33 33
3049 Säriswil/Innerberg BE • Tel. 031 828 84 84
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 09.00–18.30 Uhr
Samstag 08.00–16.00 Uhr

www.aebi-kaderli.ch

Kantonale Abstimmungen



Wirrwarr in den linken Köpfen

Der Text der SP-Initiative sagt eigentlich schon alles aus. Man fordert etwas, sagt

aber nicht wie weiter. Dass plötzlich die Linken Steuerrückerstattungen für alle fordern, muss uns schon stutzig machen. Sie, die immer jede Steuerenkung und Steuererleichterung vehement bekämpfen.

Der Initiativ-Text der SP verlangt nämlich: «Weist die Erfolgsrechnung des Freiburger Staates einen ausgesprochen hohen Einnahmeüberschuss aus, spricht der Grosse Rat jedem im Kanton Freiburg wohnhaften Steuerzahlenden (natürliche Personen) eine Steuerrückerstattung zu. Der Betrag dieser Rückerstattung ist für jeden Steuerzahler gleich.»

Diese Initiative ist nicht annehmbar und stellt unlösbare Fragen. Ich möchte auf einige Ungereimtheiten hinweisen:

- Die SP-Initiative steht im krassen Widerspruch zur Kantonsverfassung.

Diese schreibt einerseits einen ausgeglichenen Haushalt vor und verlangt entstandene Verluste in den folgenden Jahren auszugleichen.

- Ferner verstösst die Initiative gegen die Gleichbehandlung wie sie ebenfalls in der Verfassung niedergeschrieben ist. Sie sieht vor, nur den natürlichen Personen Geld zurückzuzahlen, den juristischen Personen aber nicht, obwohl diese im 2006 Fr. 83,6 Mio. Steuergelder überwiesen haben und die Mehreinnahmen in den letzten Jahren dank ihnen zustande kamen.
- Es besteht die Problematik mit dem Ergebnis der laufenden Rechnung. Der Staat soll Geld zurückgeben, wenn die laufende Rechnung einen hohen Ertragsüberschuss aufweist. Was heisst hoher Ertragsüberschuss? Kommt dieser aus den ordentlichen oder ausserordentlichen Einnahmen? Die Initianten gehen auf diese wichtigen Fragen nicht ein.
- Wann muss der Steuerzahler im Kanton wohnhaft sein, damit er in den Genuss käme?
- Die Steuerrückerstattung kann höchstens den Betrag erreichen, welcher der Steuerzahler in der vergangenen

Steuerperiode bezahlt hat. Auch hier gibt es viele Probleme, da mit der einjährigen Einschätzung, Ueberschneidungen unvermeidlich sind.

Die Initianten bestätigten mehrmals, dass sie Mühe hatten, bei der Unterschriftensammlung den Bürgern ihr Vorhaben zu erklären. Wenn wir nun genau hinschauen, wissen wir warum. Steuerrückerstattungen bringen nichts. Das Ziel muss weiterhin sein, die Steuern zu senken. Wir laden die Linken ein, mitzumachen. Nicht immer nur zu fordern, sondern bereit zu sein, mitzugestalten. Es ist vielen von uns völlig unverständlich dem Bürger das Geld aus der Tasche zu locken, und nachher durch einen aufwendigen bürokratischen Prozess dem gleichen Bürger wiederum einen Batzen zurückzugeben. Hier brauchen wir wirklich nicht mehr Staat, wie es die Linken immer wieder fordern.

Legen Sie ein wuchtiges NEIN in die Urne, damit der Bürger weiterhin frei über sein Geld verfügen kann.

Rudolf Vonlanthen, Giffers, Grossrat und Ammann

Der Kindergarten kommt – so oder so !

Bei der zweiten kantonalen Vorlage haben wir als Stimmbürger nicht darüber zu entscheiden ob wir FÜR oder GEGEN die Einführung des zweiten Kindergartenjahres sind. Dieser Entscheid ist im Grosse Rat gefallen und es wurde kein Referendum ergriffen. Die Einführung des zweiten Kindergartenjahres ist also eine bereits beschlossene Sache. Bei dieser Abstimmung geht es um die Finanzierung. Der Kanton will den Gemeinden während der sechsjährigen Einführungsphase bei der Finanzierung helfen.

Ab 2009 bis 2014 sind 60 Millionen Franken oder 10 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen, dieser Betrag soll den Gemeinden helfen, die finanziellen Lasten für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres zu lindern. Diese finanzielle Beteiligung ist in weiten Kreisen unbestritten.

Die FDP Sense empfiehlt Ihnen, geschätzte Bürgerinnen und Bürgern ein JA in die Urne zu legen.

Die Redaktion

Düdingen und die Agglomeration



Ein Interview mit Frau Ursula Eggelhöfer-Brügger (UE) seit 100 Tagen Vize-Präsidentin des Agglomerationsrates

impuls: Sie wurden am 8. Oktober 2008 als Vize-Präsidentin des Agglomerationsrates gewählt, welche Anforderungen wurden bisher an Sie gestellt?

UE: Am 30. September 2008 sind die Verteidigung der Agglomerationsräte sowie die Wahl der Mitglieder des Agglomerationsvorstandes im Saal des Grossen Rates in Freiburg erfolgt. Vorgängig haben sich in diversen Sitzungen die Aggloräte von Düdingen abgesprochen, in welchen Kommissionen sie mitarbeiten möchten. Die Vertreter von Düdingen haben sich auf folgende Aufgaben geeinigt. André Schneuwly (Freie Wähler) wird für den Vorstand vorge-

schlagen, Damian Bächler (CSP) für die Finanzkommission, Urs Hauswirth (SP) für die Mobilitätskommission, Niklaus Mäder (SVP) für die Kulturkommission und Kuno Philipona für das Büro des Agglorates. Mein Augenmerk richtete sich auf die Raumplanungskommission. Da die Statuten jedoch beinhalten, dass die Raumplanungskommission von einem Gemeinderat besetzt werden muss, habe ich mir überlegt das Vize-Präsidium anzupeilen. Dieser Vorschlag wurde von meinen Düdinger Kollegen unterstützt.

Impuls: Waren Sie die einzige Kandidatin für das Vize-Präsidium?

UE: Düdingen als einzige deutschsprachige Gemeinde muss eine starke Rolle in der Agglomeration einnehmen, deshalb habe ich mich als Kandidatin für das Vize-Präsidium zur Verfügung gestellt. Diesen Anspruch stellte auch Marly mit Eric Romanens, so, dass es zu einer Kampfwahl kam.

Impuls: Mit einem Spitzenresultat von 39 Stimmen (49 Anwesende) wurden Sie als Vize-Präsidentin gewählt, wie lange dauert so ein Amt?

UE: Ende 2009 findet bereits die erste Rotation innerhalb des Agglomerationsrates statt. Das Reglement sieht vor, dass das Präsidium und Vize-Präsidium jeweils ein Jahr dauert. Ebenfalls laut Reglement rückt der Vize-Präsident dem Präsidenten nach, was bedeutet, dass ich 2010 das Präsidium inne habe. Eine besondere Herausforderung in dieser Zeit wird die Uebernahme der Cutaf (Verkehrsverbund) sowie Coriolis (Kulturaktivitäten) sein.

Impuls: Wie müssen wir uns als Leser die Arbeit im Agglomerationsrat vorstellen?

UE: Wir Aggloräte von Düdingen treffen uns jeweils eine Woche vor der Agglo-Sitzung zur Vorbereitung. Bisher hatten wir 4 Sitzungen des gesamten Agglorates, die jeweils im Saal des Grossen Rates in Freiburg stattfinden. Dazu kommen für mich als Vize-Präsi-

dentin zusätzliche Aufgaben, wie Informationstreffen mit der vorgesetzten Behörde (Oberamtmann des Saanebezirks Carl Alex Ridore), Fraktionstreffen mit den Aggloräten der FDP, Vorbereitungsarbeiten mit dem Agglobüro.

Impuls: Wie entstand der Richtplan der Agglomeration und weshalb bekam dieser so schlechte Noten von den Bundesbehörden?

UE: Der Richtplan wurde in der Aufbauphase der Agglomeration von den Gemeinderäten der Agglomerationsgemeinden erarbeitet. Da der Richtplan bereits Ende 2007 den Bundesbehörden unterbreitet werden musste, trifft den heutigen Agglomerationsrat kein Verschulden. Unsere Aufgabe bestand lediglich darin, diesen schlecht benoteten Richtplan nachträglich gemäss Statuten zu genehmigen. Der Agglomerationsrat hat den Richtplan weder bearbeitet, noch hatte er bis heute die Gelegenheit eine Stellungnahme abzugeben. Nach der Rückweisung durch

www.sensia.info

SENSIA AG
Kreation in Karton und Papier

Die Druckerei mit dem guten Auge!

heizen kühlen lüften regeln sanitär
chauffer refroidir ventiler régler sanitaire

RIEDO CLIMA

Riedo Klima AG Düdingen
Warpelstrasse 12, 3186 Düdingen
Tel. 026 492 94 00 office@riedoclima.ch
Fax 026 492 94 01 www.riedoclima.ch

MODE oberson
bahnhofszentrum düdingen

mehr [als] mode

emmental
versicherung

Die Versicherung für KMU, Privathaushalt und Landwirtschaft

Ernst Schneider-Roux · Agentur Alterswil
Tel. 026 494 12 69 · Mobile 078 606 62 96 · Fax 026 494 25 27

Für zu Fasel
Ihr VW-Vertreter im Sensebezirk!

Garage Fasel Düdingen
Telefon 026 493 16 16 · www.garagefasel.ch

antros

Zukunftsorientierte, erfolgreiche Unternehmensführung

Beat Brühlhart
CH-3186 Düdinaen

www.antros.ch
info@antros.ch

Wir haben was Sie suchen.

LEHMANN AMBIENTE

Möbel Lehmann AG
Direkt bei der Autobahnausfahrt Düdingen
www.lehmann.info

Lüdi, Berry Wines Beerenkulturen

Balbertswil 8, 3186 Düdingen

www.berrywines.ch
info@berrywines.ch

die Bundesbehörden haben der Agglomeration vorstand sowie die Kommissionen innerhalb von zwei Jahren die Aufgabe, uns eine bessere Regionalplanung aufzuzeigen. Eine der grössten Herausforderungen wird sein, von den individuellen Wünschen wegzukommen und eine überregionale, sinnvolle und finanzierbare Planung auf die Beine zu stellen. Nehmen wir Bulle als Vorbild, das zusammen mit den Gemeinden Morlon, Le Pâquier, Riaz und Vuadens genannt «Mobul» eine unkomplizierte Agglomeration gebildet hat. Mobul hat sich auf eine gute Regionalplanung konzentriert und wie wir aus der Presse erfahren durften, bereits von der ersten Tranche der Bun-

dessubventionen profitiert. Die Agglomeration Freiburg beschäftigte sich in der Aufbauphase grösstenteils mit sich selbst und verpasste die Partizipation an diesem Subventionstopf. Für Dürdingen bedeutet dies, dass erst ab ca. 2015 bis 2019 für die Umfahrung Dürdingen Gelder fliessen werden.

Impuls: Die Dürdinger Bevölkerung hat sich am 1. Juni 2008 für ein NEIN zur Agglomeration ausgesprochen, setzen Sie sich noch mit dieser Realität auseinander?

UE: Man sollte nie zurückschauen jedoch kann man mir nicht ausreden, dass die Agglomeration in dieser Form ein träges, uneffizientes und kostspieliges Gebilde ist. Ich sehe die Agglomeration

als einen mehrspurigen Zweckverband, viele Aufgaben laufen parallel. Darum ist es wichtig, dass ich mich als Parteipräsidentin der FDP Dürdingen und als Vertreterin unserer Bürger für die Interessen der Gemeinde einsetze. Die Agglomerationsräte von Dürdingen haben die Verantwortung die skeptische Haltung der Dürdingerinnen und Dürdinger entsprechend in die Agglomeration einzubringen.

Impuls: Die Agglomeration ist Tatsache, was sind Ihre Hoffnungen und Erwartungen?

UE: Für den Gemeinderat waren die Umfahrungsstrasse sowie die Zweisprachigkeit wichtige Argumente für

den Agglomerationsbeitritt. Die Mehrheit der Bürger lehnte den Beitritt trotzdem ab. Wie bereits erwähnt ist die Subventionierung der Umfahrungsstrasse Dürdingen auf die lange Bank geschoben. Im Zusammenhang mit der Zweisprachigkeit muss der Beweis noch erbracht werden. Die Kosten sind heute nicht abschätzbar. Ein Austritt ist erst in 15 Jahren möglich. Vorderhand müssen wir mit der Agglomeration leben, es gilt das Beste aus dieser Situation zu machen.

Frau Eggelhöfer-Brügger wir danken Ihnen für das Gespräch.

Wiedereinführung des Generalrates in Dürdingen?



Was bisher geschah

Von 1982 bis 1991 hatte Dürdingen bereits einen 50-köpfigen Generalrat. Aufgrund eines neuen Gemeindegesetzes vom 25.9.1980 wurden

alle Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern verpflichtet, diese Form der Legislative einzuführen. 1990 wurde das Gemeindegesetz geändert. Erst ab 10'000 Einwohnern wurde der Generalrat obligatorisch, allerdings mit Ausnahmen – einige Gemeinden, bei denen diese Institution bereits verankert war, wurden explizit erwähnt und behielten ihren Generalrat (z.B. Murten). Dürdingen kehrte nach einer erfolgreichen Referendumsabstimmung zur Gemeindeversammlung zurück. Ein Versuch, 10 Jahre später, den Generalrat wieder einzuführen, scheiterte.

Mit vereinten Kräften in die Zukunft

Ein Initiativkomitee bestehend aus sechs Ortsparteien und Gruppierungen hat im Verlaufe des Herbstes 2008 dem Gemeinderat ein Begehren um Lancierung einer Initiative eingereicht. Gegenwärtig läuft die Unterschriftensammlung, die am 28. Januar 2009 mit

der Übergabe an den Gemeinderat abgeschlossen sein wird. Das Komitee ist der Meinung, dass den Dürdingern nach 10 Jahren wiederum die Gelegenheit geboten werden sollte, über die Strukturen und das Funktionieren der Demokratie in der Gemeinde mit mehr als 7000 Einwohnern nachzudenken.

Warum ein Generalrat

Selbstverständlich gibt es, wie bei praktisch allen politischen Fragen, sowohl Argumente für die Gemeindeversammlung wie auch solche für den Generalrat. So ist die Gemeindeversammlung der Inbegriff der Demokratie, d.h. alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können teilnehmen und ihre Meinung äussern. In einer Gemeindeversammlung kann jeder und jede mit der Demokratie erste praktische Erfahrungen sammeln. Von Skeptikern eines Generalrates wird oft argumentiert, dass man einer politischen Gruppierung angehören müsse, um mitzumachen. Dieses Argument zählt nicht, in unserer Demokratie sind auf allen Ebenen Gruppierungen oder Einzelpersonen wählbar, die keiner politischen Partei angehören. Bester Beweis sind z.B. unser Staatsrat Pascal Corninboeuf oder unser Oberamtmann Nicolas Bürgisser.

In den vergangenen Legislatur-Perioden war die Beteiligung an den Gemeindever-

sammlungen in der Regel sehr schwach. Dürdingen verfügt über 5700 Stimmberechtigte. Bei 80 bis 150 Personen, die an den Gemeindeversammlungen teilnehmen, macht das gerade Mal eine Beteiligung zwischen 1.4 und 3 % aus. Hier kann nicht mehr von einer angemessenen Repräsentativität gesprochen werden. Dies ist um so schlimmer, als Gemeindeversammlungsbeschlüsse definitiv sind und keinem Referendum unterliegen.

Demokratie stärken

Persönlich bin ich der Meinung, dass der Generalrat der Organisation und Grösse einer Gemeinde von über 7000 Einwohnern entspricht. Ich war während zweier Legislaturperioden im Generalrat (1981–1991) und erinnere mich noch gut an diese Zeit. Das politische Leben war viel aktiver. Rund um die 50 Generalrätinnen und Generalräte, insbesondere in deren Familien, wurde politisiert. Mehrere Urnenabstimmungen brachten zusätzliche Bewegung in die sonst eher statische Gemeindestruktur. Mehrere dieser ehemaligen Generalräte haben dort «ihre Sporen» für ihre spätere politische Karriere als Gemeinde- oder Grossrat abverdient.

Der Generalrat ist für 5 Jahre gewählt und setzt sich aus den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Krei-

sen der Bevölkerung zusammen. Die Entscheide werden immer vom gleichen Gremium gefällt. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat ist eng und kontinuierlich. Die einzelnen Generalräte befassen sich intensiver mit den Geschäften als dies der Einzelbürger in der Regel vor der Gemeindeversammlung tun kann.

Nicht zuletzt ist das Referendums- und Initiativrecht in den Gemeinden mit Generalrat ein grosses Plus. Gegen Beschlüsse des Generalrates kann das Volk das Referendum ergreifen und eine Urnenabstimmung verlangen. Damit ist die direkte Demokratie gewährleistet. Ich wage sogar zu behaupten, dass sie besser gewährleistet ist. An der Urne kann anonym abgestimmt werden, an einer Gemeindeversammlung ist dies nicht möglich, und es braucht oft Mut, eine andere als die Meinung der Mehrheit der Anwesenden zu haben. Vielleicht ist dies auch ein Grund, warum die Gemeindeversammlungen so schlecht besucht sind.

Wie geht es weiter

Die Abstimmung über die Wiedereinführung des Generalrates wird vermutlich im Verlaufe des Jahres 2009 stattfinden. So bleibt, falls er wieder eingeführt wird, den Gruppierungen und Parteien genügend Zeit, sich auf die Wahlen vom Februar 2011 vorzubereiten. Eine eigentliche Diskussion, an welcher sich bestimmt Befürworter und Gegner des Generalrates zu Worte melden werden, wird sicher kurz vor der Abstimmung geführt werden. Bis dahin vergehen noch ein paar Monate.

*Irmgard Jungo,
Mitglied des Initiativkomitees*

Das ist unanständig

*Denis von Burg über Blochers Kampf gegen die Personenfreizügigkeit
Sonntagszeitung vom 11. Januar 2009*

Als Unternehmer führte Christoph Blocher die Bücher seiner Firma auf zwei Kommastrichen genau. Jetzt, im Kampf gegen die Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien, ist ihm und seiner SVP offensichtlich jede Arithmetik abhandgekommen. Ein Schwarm gieriger Gesellen aus Rumänien und Bulgarien, der die Schweiz überfällt und den Arbeitsmarkt kahl frisst, wie das seine Rabenplakate unterstellen, ist nirgends in Sicht. Diese Behauptung ist mehrstellig von der Realität entfernt, und zwar vor dem Komma. Denn bei einem Ja bliebe die Immigration aus diesen Ländern noch mindestens zehn Jahre lang kontingiert. Bis ins Jahr 219 könnten sich aufgerechnet höchstens 6000 Personen aus Rumänien und Bulgarien in der Schweiz niederlassen. Und wegen dieser Scheinkonkurrenz auf dem Arbeitsplatz wollen Blocher und seine Mitstreiter die bilateralen Verträge und damit den wirt-

schaftlich wichtigen Zugang zu den EU-Märkten aufs Spiel setzen. Juristisch ist es klar. Ein Nein hätte die Kündigung der anderen Verträge zur Folge. Natürlich würden Neuverhandlungen folgen. Doch diese würden zäh und lang. Und ausgerechnet in der sich abzeichnenden Krise würde die Schweiz einen ihrer wichtigsten Standortvorteile verlieren: den, mit den bilateralen Verträgen garantierten freien Zugang zu den EU-Märkten. In Kombination mit fiskalisch besseren Bedingungen als in vielen EU-Ländern haben die Bilateralen zu einem Investitionsboom in der Schweiz geführt. Blocher setzt weit mehr Arbeitsplätze aufs Spiel, als von EU-Zuwanderern je besetzt werden können. Zudem wird die Schweiz in Neuverhandlungen den Kürzeren ziehen. Das Landverkehrsabkommen, das viele Lastwagen nach Österreich abdrängt, das Luftverkehrsabkommen, das der Swiss überdurchschnittlich gute Landrechte sichert, und das Zinsbesteuerungsabkommen, das für die Banken eine komfortable Alternative zur Öffnung des Bankgeheimnisses ist, sind vielen EU-Ländern ein Dorn im Auge. Blocher und die SVP gefährden nicht nur Arbeitsplätze, sie liefern

der Schweiz auch noch dem Goodwill jener EU aus, die sie als Reich des Bösen brandmarken. Das alles wissen auch Blocher und jene, die mit ihm die SVP in den Kampf führten. Blocher war immer ein Befürworter der Bilateralen, auch der Personenfreizügigkeit. Er hat sie nach dem EWR-Nein gefordert und hat sie in allen Abstimmungen bisher unterstützt. Es wäre an der Zeit, von der zweifelhaften Ornithologie zur seriösen Ökonomie zurückzukehren. Trotzdem lässt er seine SVP lieber Angst vor Jobverlust und kriminellen Roma schüren – obwohl Letztere nun gar nichts mit der Personenfreizügigkeit zu tun haben. Denn Blocher kann sehr gut rechnen. Er ist sogar sehr berechnend: Er weiss, dass er den Kampf gegen 6000 Rumänen und Bulgaren ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Verluste instrumentalisieren muss, um den rechten Flügel seiner Partei, der er seit Jahren mit undifferenzierten Anti-EU-Parolen an die SVP gebunden hat, bei Laune zu halten. Blocher will die nächsten Wahlen gewinnen. Den Preis dafür sollen die Arbeitnehmer bezahlen, die auf eine funktionierende Wirtschaft angewiesen sind. Das ist unanständig.

Impressum

FDP Sense:
Postfach 266
3186 Dürdingen

Impuls:
Yvonne Pittino
Alpenstrasse 16, 3178 Bödingen
e-mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

Inserate:
SENSIA AG
Bonnstrasse 22, 3186 Dürdingen
e-mail: office@sensia.info

Druck:
SENSIA AG, 3186 Dürdingen